Hol. XV

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bezirksverwaltung Rostock

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Rostock, 6. Juli 1987

5 Blatt

4. Exemplar

Nr. 47 / 87

INFORMATION
über

Diskussionen in der APO Germanistik/Sektion Sprach- und Literaturwissenschaften der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock

KOPIE BStU

Am 21. 5. 1987 fand in der APO Germanistik/Sektion Sprach- und Literaturwissenschaften ein Zirkel zum Thema 8 des Parteilehrjahres statt, der u. a. Fragen der sozialistischen Demokratie zum Inhalt hatte.
Der Zirkel wurde von dem Genossen [redacted] geleitet.
Die Teilnehmer waren Angehörige des Lehrkörpers Germanistik/Musikwissenschaft.

Nach anfänglich stockendem Verlauf der Aussprache wurden Diskussionen geführt, in denen Unklarheiten und Unzufriedenheit mit der Politik der Partei zum Ausdruck kamen.

Genosse [redacted] äußerte, das zur Thematik Dargebotene sei sicherlich richtig und die sozialistische Demokratie funktioniere auch im Prinzip. Jedoch könne jeder Anwesende bestimmt zahlreiche

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Beispiele für ihre Verletzung nennen. Das werfe viele Fragen auf, die gesamtgesellschaftlicher Natur seien und im Rahmen des Parteilehrjahres nicht gelöst werden könnten. Das Schweigen der Genossen sollte man nicht als Resignation werten, sondern als Einsicht in die Lage der Dinge und als Scheu, die bekannten Tatsachen erneut zu erörtern, und zwar in der Gewißheit, nichts ändern zu können.

Die Sektionsdirektorin Genossin [redacted]

brachte Unzufriedenheit mit verschiedenen Umständen, die aus ihrer Tätigkeit als Sektionsdirektor herrühren, zum Ausdruck. Es bestehe ein unzureichender Grad an Demokratie und Kameradschaftlichkeit in der obersten Leitungsebene der Universität und seitens des Ministeriums. Sie berief sich in diesem Zusammenhang auf angebliche gleichartige Eindrücke des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften.

Weiter führte sie aus, es sei auf einer Schulung in Kleinmachnow zur Sprache gekommen, daß das Thema "750 Jahre Berlin" in der Partei nicht erörtert werden dürfe. Alles für die Hauptstadt bedeute Defizit in der Republik. Insgesamt könne man sagen, daß die Partei- und Staatsführung die Probleme nicht beim Namen nenne, die Realität nicht sehe bzw. nicht sehen wolle.

Sie selbst sei in den 50er Jahren Genossin geworden. Das sei eine schwerere Zeit gewesen. Die Partei habe gesagt, wo Mängel auftreten und welches die Gründe gewesen seien. Das habe stimuliert, alles zu tun bei Zurückstockung persönlicher Probleme, um mit der Partei für politische und ökonomische Verbesserungen zu kämpfen. Heute dagegen werde kaum noch erklärt, Aufgaben und Termine würden gestellt. Die Widersprüche zwischen dem Erreichten und dem Erklärten im Großen wie im Kleinen seien für alle offenbar. Sie habe Angst, daß die Partei und damit sie alle für die Fehler bitter bezahlen müßten. Sie möchte zumindest in ihrem Verantwortungsbereich diese Fehler nicht machen bzw. deren Folgen möglichst gering halten.

KOPIE BStU

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Im Zirkel wurden u. a. nachfolgende in der Grundtendenz übereinstimmende Auffassungen vertreten, denen von den Anwesenden nicht widersprochen wurde:

Genosse [redacted] vertrat den Standpunkt, das Interview des Genossen HAGER mit der BRD-Zeitschrift "Stern" sei weit hinter den Erwartungen bezüglich der Stellungnahme unserer Parteiführung zu der Umgestaltung in der Sowjetunion zurückgeblieben. Trotz partieller Übereinstimmung, wie z. B. in der Frage keine Kopie der sowjetischen Verhältnisse in der DDR, habe der Vergleich mit dem "Tapetenwechsel des Nachbarn" allgemeine Entrüstung hervorgerufen.

Genosse [redacted] führte an, daß zu einem Subbotnik ca. 60 Studenten zu Malerarbeiten bestellt gewesen seien. Es hätten jedoch nur 7 Pinsel zur Verfügung gestanden. Die Studenten seien daraufhin ohne Murren nach Hause gegangen. Sie hätten sich nicht beschwert, da sie so etwas gewohnt seien.
Er unterbreitete dann den Vorschlag, die Meinung der Anwesenden zur Demokratie an "höhere Stellen" weiterzuleiten, weil man sich eben bestimmte Dinge nicht bieten lassen könne. Dieser Vorschlag fand Unterstützung. Die Anwesenden einigten sich darauf, ihre Auffassung in den Bericht über das Parteilehrjahr aufzunehmen.

Genosse [redacted] äußerte, es seien Fortschritte erreicht worden. Heute wäre z. B. der seinerzeit von Genossen [redacted] in der Ostsee-Zeitung veröffentlichte Artikel nicht mehr so umstritten.

Genosse [redacted] erklärte, laut Statut gäbe es keine Tabu-Themen in der Partei. Das gelte auch für Berlin. Die Unzufriedenheit in diesem Zusammenhang sei allgemein und reiche bis in den wissenschaftlichen Rat.

KOPIE BStU

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Genossin [redacted] vertrat den Standpunkt, der Unmut solle nicht allgemein zum Ausdruck gebracht, sondern mit konkreten Fakten belegt werden. Dies treffe u. a. für Parteiinformation an der Universität zu, wo wichtige Informationen aus den Berichten der APO verschiedentlich nicht weitergeleitet würden.

Genosse [redacted] führte aus, Demokratie verlange öffentliche Mitwirkung, sonst sei es nur in "innerster Seele" demokratisch. Das Herangehen an die Probleme in der Sowjetunion sei seiner Meinung nach wahrhaft kommunistisch, für uns durchaus überlegenswert und auch anwendbar, selbst wenn wir manche Probleme schon gelöst hätten, die in der Sowjetunion noch beständen.

Genosse [redacted] erklärte, daß Informationen auf dem Parteiweg mit ziemlichen Verlusten behaftet seien. Er habe da langjährige Erfahrungen in der Parteileitung. Schon an der Sektion würden wichtige Informationen nicht weitergegeben.

KOPIE BStU

Im Monatsbericht der Universitätsparteileitung heißt es zu diesem Zirkel u. a.:

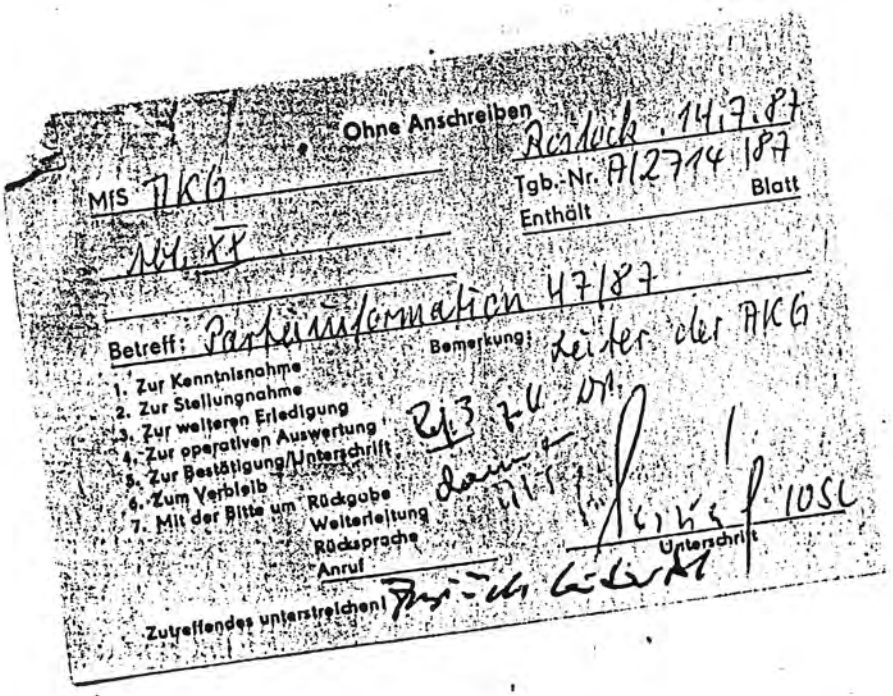
"Die Parteigruppe verurteilt einhellig die Unterdrückung von Kritik in der Partei hinsichtlich des Berlinjubiläums. Die Äußerung eines ZK-Vertreters vor den Universitäts-GO-Sekretären (Berlin ist für Genossen kein Thema) wurde als Indiz für fehlende Öffenheit und als statutmißachtende Kritikunterdrückung abgelehnt.

Einhellige Kritik gab es auch am Interview des Genossen HAGER mit der "Zeit" (gemeint ist offensichtlich "Stern"). Alle Genossen halten es für ihre Pflicht, übergeordneten Leitungen zu signalisieren, daß sie die von Genossen HAGER vertretene Auffassung zu den Vorgängen in der Sowjetunion ("Tapetenwechsel") nicht teilen können und im Gegensatz dazu die Auffassung vertreten: Wenn wir auch andere Probleme haben als die sowjetischen Genossen, in der Art und Weise des Herangehens an diese Probleme können und müssen wir, gerade hinsichtlich der sozialistischen Demokratie, von den Genossen in der Sowjetunion lernen."

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Die hier dargestellte Situation ist nicht für die Lage unter Wissenschaftlern der Wilhelm-Pieck-Universität insgesamt typisch, signalisiert jedoch eine relative Breite ideologisch zu beachtender Tendenzen.

Ich halte deshalb eine Auswertung des hier geschilderten Sachverhaltes durch die Universitätsparteileitung für notwendig. Die Genossen wurden von uns informiert. Darüber hinaus sollte das zum Anlaß einer gründlichen Bewertung der politisch-ideologischen Situation im Lehrkörper der Universität, der Festigkeit parteilicher Positionen und dem Umfang vorhandener negativer oder von der Parteilinie abweichender ideologischer Auffassungen genommen werden, um einem Ausbreiten dieser Tendenzen entgegenzuwirken.

KOPIE BStU

Mittag
Generalmajor